

8. Ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Arbeitszeitpolitik: Chancen und Risiken einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit

Postulat Jeannette Büsser (Grüne, Horgen, Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich) vom 20. März 2023

KR-Nr. 100/2023, RRB-Nr. 707/7. Juni 2023 (Stellungnahme)

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Gerne würde ich Sie persönlich fragen: Macht Ihre Arbeit Sie glücklich oder zumindest zufrieden? Wahrscheinlich, denn die Schweiz liegt auch im diesjährigen Ranking des Weltglücksberichts unter den Top Ten, leicht abgestiegen von Platz 8 auf 9. Unser nationaler Experte dazu, Matthias Binswanger (*Professor für Volkswirtschaftslehre*), kommentierte, dass die Arbeitsplatzsicherheit einen grossen Einfluss auf die Zufriedenheit habe. Die Schweiz steht im Ruf, arbeitsam und gewissenhaft zu sein, so steht es zumindest auf der Website der deutschen Botschaft in Bern. Effektiv haben wir eine hohe Arbeitsmoral internalisiert. Arbeit stiftet Identität. Arbeit ist die zentrale Achse, um die sich alles dreht. In der Politik aber wird sie meist nicht in einer Gesamtschau bearbeitet, sondern taucht erst im Zusammenhang mit einem anderen Thema auf, aktuelles Beispiel jetzt ist die BVG-Abstimmung (*eidgenössische Abstimmung am 22. September 2024*).

Die Arbeitszeit ist eine der wichtigen Stellschrauben in der Arbeitspolitik und sie hat eine lange Geschichte. An zwei Ereignisse möchte ich erinnern, erstens: Die Arbeitszeit wurde geteilt in zwei Arten von Arbeitszeit, in eine bezahlte und in eine unbezahlte, und zwar in dem Moment, als das Auswärts-Arbeiten in Fabriken aufkam. Und zweitens: Die bezahlte Arbeitszeit wurde in den letzten 100 Jahren immer wieder nach unten angepasst. Interessant ist, dass dadurch weder Fortschritt noch wirtschaftlicher Erfolg gebremst wurden.

Und es ist nun wieder an der Zeit, so finden wir Grünen, die Arbeitszeit aktiv zu gestalten. Sie soll zukunftsfähig gemacht werden, das heisst für uns, ökologisch, nachhaltig und sozialgerecht. Darum fordern wir mit unserem Postulat eine Studie für den Kanton Zürich, welche die Vor- und die Nachteile bei einer 35-Stunden-Woche ausleuchtet. Wir wollen eine Gesamtschau. Das heisst, die Analyse soll Klima und Umwelt, die globalen Entwicklungen, die Gesundheit der Bevölkerung, die Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit berücksichtigen. Die Auswirkungen sollen unter zwei unterschiedlichen Varianten geprüft werden, ohne Lohnreduktion und bei abgestuftem Lohnausgleich. Wir Grünen sind offen für die Ergebnisse einer solchen Studie.

Es ist aber auch klar – das zeigen unsere politischen Vorstösse der letzten 30 Jahre, zum Beispiel noch 1993 hier im Kantonsrat von Daniel Vischer (*Altkantonsrat*) und vor den Sommerferien von Balthasar Glättli im Nationalrat –, dass für uns die Reduktion der bezahlten Arbeitszeit ein relevanter Schlüssel für eine

nachhaltige und sozialgerechte Gesellschaft ist. Ich vertiefe jedoch nicht diese Aspekte, sondern möchte Ihnen in sechs Punkten aufzeigen, warum es für eine gesunde Wirtschaft und einen attraktiven Standort Schweiz wichtig ist, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

Erstens: Die USA, Kanada, Island, die nordischen Länder, also wirtschaftlich gesehen auch erfolgreiche Länder, sind mit grossen Schritten daran, die Arbeitszeiten zu reduzieren. Damit verlieren wir für Fachpersonal und Experten an Attraktivität und unser Standort wird geschwächt.

Zweitens: Die Arbeitsmoral und damit eben die Qualität, die Effizienz, die Zuverlässigkeit sind Teil unseres Images und Teil unseres Erfolges, und das muss gepflegt werden. Produktivitäts- und Effizienzgewinne müssen auch an die Arbeitnehmenden weitergegeben werden, ansonsten – und das können wir heute schon ein bisschen beobachten – gehen Loyalität und Verbindlichkeit gegenüber dem Arbeitgeber verloren.

Drittens: Wir haben Fachpersonal, vorwiegend weiblich, das keinen oder nur einen reduzierten Zugang zum Arbeitsmarkt findet. Mit einer Reduktion der Arbeitszeit kann die Verteilung von der bezahlten und der unbezahlten Arbeit neu verhandelt werden. Es liegt viel weibliches Potenzial brach. Gemäss der Swiss Life-Studie (*Schweizer Versicherungsgesellschaft*) wollen Männer auch weniger arbeiten. Wir haben jedoch ein Sozial-, Steuer- und Lohnsystem, welches immer noch vom 100 Prozent erwerbstätigen Ernährer ausgeht und alle anderen Lebensformen mit Stress und Armut bestraft. Die Teilzeitarbeit ist der Sechser im Lotto für die Volkswirtschaft, weil sie damit die Care-Arbeit immer noch gratis erhält und obendrauf jene, die bezahlt und unbezahlt arbeiten, später mit einer nicht existenzsichernden Rente im Alter bestraft. Für eine zukunftsfähige Arbeitszeitpolitik muss die unbezahlte Arbeit volkswirtschaftlich sichtbar gemacht werden – in Zahlen, Statistiken und auch, wie wir über Arbeit sprechen.

Fünftens: Die Arbeitszeit reduzieren, ja wie? Das denken Sie jetzt vielleicht. Die grossen Firmen werden es tun und ihre Marktmacht um das schwindende Fachpersonal ausspielen. Und was macht dann der Schreiner mit zwei oder drei Angestellten? Es soll darum auch geprüft werden, welche Rahmenbedingungen es braucht, damit die wichtige Säule unserer Wirtschaft, die KMU, nicht Schiffbruch erleidet.

Und sechstens, letzter Punkt: Eine Reduktion der Arbeitszeit drängt sich auf, weil die Menschen vermehrt krank werden. Die Fälle von Arbeitsunfähigkeit sind auf einem Rekordstand, insbesondere bei Berufseinsteigerinnen. Oft sind es psychische Gründe, zusammengefasst unter dem Label «Anpassungsstörungen». Es ist kein individuelles Problem mehr, es gibt einen strukturellen Dichtestress. Die 24-Stunden-Gesellschaft kennt keine Grenzen. Vieles fliesst ineinander, fordert und überfordert. Die Prozesse wurden zigfach schneller, digitaler. Nur die bezahlte Arbeitszeit hat sich in den letzten 30 Jahren nicht verändert, als würden wir immer noch auf die Briefpost warten.

Ich fasse die sechs Punkte nochmals zusammen: Es sind die internationalen Entwicklungen, es ist der Mangel an Fachpersonal, es sind die KMU, der Erhalt der Arbeitsmoral und der Arbeitsfähigkeit, die sinnvolle Verteilung der Arbeit. Das

sind zusätzlich zur Nachhaltigkeit wichtige Gründe, die Arbeitszeitentwicklung nicht einfach dem Zufall zu überlassen. Unsere Regierung meint jetzt trotzdem, es brauche keine Studie, und wenn, dann eine nationale. Uns Grünen ist der Wirtschaftsstandort Zürich wichtig. 20 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung, also jede fünfte Person, wir wissen es, arbeitet in unserem Kanton. Und die Stadt Zürich hat ein Pilotprojekt am Start, welches eine konkrete Umsetzung in der Verwaltung vorsieht. Dieses unkoordinierte Vorgehen beurteilen wir kritisch, denn für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es eben wichtig, dass Unterschiede, auch Unterschiede in den Arbeitszeiten, nicht überstrapaziert werden. Es sind nämlich die Finnen, die seit sieben Jahren in Folge auf Platz 1 der Rangliste sind, und dies, weil der soziale Zusammenhalt dort gesellschaftlich und politisch oberste Priorität hat. Wir fordern von der Regierung eine Studie, damit wir eine solide Grundlage für eine breite Debatte um das Thema Arbeitszeit, den zentralen Nerv in unserer Gesellschaft, haben, und ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Paul Mayer (SVP, Marthalen): Heute schon bieten viele Unternehmungen Teilzeitarbeitsstellen an. Aus diversesten Gründen arbeiten so auch in meinem Betrieb nicht alle Vollzeit. Was Sie wollen, passiert heute schon. Seien Sie ehrlich und sagen Sie, dass alle bei einer 35-Stunden-Woche 100 Prozent vom jetzigen Lohn erhalten sollen. Sie schüren damit den Fachkräftemangel und Sie fahren damit die Zürcher Wirtschaft an die Wand. Wenn das in meinem Betrieb eingeführt werden muss, kann ich gleich den Riegel schieben und den Betrieb schliessen. Damit deklarieren ich hier, dass ich Inhaber und Geschäftsführer eines Metallbaubetriebes bin, der zu 100 Prozent von der Bauwirtschaft abhängig ist. Alles, was wir in Marthalen planen, produzieren und montieren, kann man viel günstiger im Ausland einkaufen. Sie schwächen mit solchen Vorstössen die KMU-Betriebe und vor allem diejenigen im Kanton Zürich. Alles, wie Ferien, Lohnnebenkosten, AHV/IV, EO (*Erwerbsersatzordnung*), Krankentaggeld, Unfallversicherung, Pensionskasse und so weiter, wird von weniger produktiven Stunden bezahlt werden müssen. Es ist die falsche Ebene und müsste auf Stufe Bund gelöst werden. Grüne Träumer meinen, mit Nichtstun könne man Geld verdienen. Die von Ihnen erwähnten Studien sind von den Gewerkschaften, die Nachteile werden nicht erwähnt.

Wer möchte, kann heute schon seine Arbeitszeit reduzieren. Dies ist vor allem bei überbezahlten Stellen wie Lehrern, Beamten, Bankern der Fall. Weniger produktive Stunden pro Arbeitskraft heisst, dass wir mehr Fachkräfte brauchen, die heute schon fehlen. Weniger produktive Stunden heisst, dass alles teurer wird und wir uns am Schluss auch weniger leisten können. Und zu den Auswirkungen auf Klima und Umwelt kann ich Ihnen folgendes Beispiel geben: Unsere Monteure fahren an fünf Tagen auf eine Baustelle, um dort zu arbeiten, irgendetwas um die 8,75 Stunden. Mit der 35-Stunden-Woche wären es nur 7 Stunden. Für die gleiche Arbeit gäbe es circa 25 Prozent mehr Verkehr. Die ganze Infrastruktur, also das Betriebsgebäude und die Fläche um unser Gebäude, wird auch von weniger Arbeitern gebraucht und müsste dementsprechend vergrössert werden, damit wir die

gleiche Leistung erbringen können. Dies hätte zur Folge, dass die Kosten auf weniger geleistete Arbeitsstunden aufgerechnet werden müssten und wir uns verschlechtern gegenüber anderen Kantonen.

Die Wirtschaft wird die Herausforderung selbst lösen, es braucht keinen staatlichen Zwang. Als ehemaliger Gemeinderat in Marthalen haben wir den Personen, die keine Arbeit oder sonst Probleme hatten, wieder ein geregelteres Leben oder ein Tagesprogramm gegeben. Dabei habe ich beobachtet, dass eine genügende Arbeitszeit und eine Lebensstruktur zur Zufriedenheit beigetragen haben. Arbeit ist nichts Schlechtes, liebe Ratsmitglieder, Arbeit gibt dem Leben einen Sinn. Seien wir alle froh, arbeiten zu dürfen, auch wenn es 40 oder 45 Stunden in der Woche sind. Alle, die weniger arbeiten wollen, können das heute schon. Die SVP/EDU-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): Es ist wenig überraschend, dass der bürgerliche Regierungsrat dieses Postulat ablehnt. Genauso wenig überraschend sind und werden die ablehnenden Voten der bürgerlichen Fraktionen sein. Denn immer, wenn es darum geht, die Arbeitsbedingungen auch nur ein «My» zu verbessern, stellen Sie sich dagegen. Darum müssen Sie natürlich auch hier dagegen sein. Denn was, wenn die Studie ergibt, dass eine Arbeitszeitreduktion gar nicht der Wirtschaft schaden, sondern diese eben stärken würde? Dann wäre der einzige konsequente Schluss, sich von der bisherigen Politik abzuwenden und einer solchen Arbeitszeitverkürzung zuzustimmen. Und diese Grösse haben nun mal nicht alle. Darum ist mir sehr bewusst, dass meine Argumente für dieses Postulat wohl an Ihnen abprallen werden. Aber vielleicht dringt doch der eine oder andere Fakt zu Ihnen durch, darum hier mal vier:

Erstens: Bei keiner Arbeitszeitverkürzung, weder von der 60- auf die 59- oder von der 59- auf die 52- oder von der 52- auf die 48- oder von der 48- auf die 42-Stunden-Woche ist die Schweizer Wirtschaft den Bach hinuntergegangen; auch nicht beim Verbot der Kinderarbeit übrigens. Diese Szenarien, die gezeichnet wurden, haben sich nie bewahrheitet. Warum sollte es hier anders sein?

Zweitens: Früher gab es die Perspektive, dass ich, wenn ich nur genügend hart arbeite in meinen jungen Jahren, dann später ausgesorgt habe. Doch mit den steigenden Lebenserhaltungskosten, den Abstrichen bei der Altersvorsorge und den absurden Preisen beim Wohneigentum ist diese Perspektive für den grössten Teil meiner Generation nicht mehr vorhanden; ganz zu schweigen davon, dass dank Ihrer Politik unklar ist, wie lange wir überhaupt noch eine Zukunft haben, auf die es sich zu sparen lohnt. Wir können das gute Leben also nicht auf später verschieben. Eine Arbeitszeitverkürzung würde ermöglichen, dass ein Leben neben der Arbeit besser möglich ist.

Drittens: Wer nicht 42 Stunden pro Woche arbeitet, ist weniger krank, motivierter während der Arbeitszeit und auch produktiver. Zudem bleibt neben der Arbeit mehr Zeit für Care-Arbeit, ehrenamtliches Engagement, Politik, Vereine et cetera. Und auf solchen freiwilligen Engagements baut unsere Gesellschaft auch auf. Doch nach einer vollen Arbeitswoche bleibt selten Energie, um sich noch fürs Gemeinwohl zu engagieren.

Und Viertens: Die 42-Stunden-Woche wurde zu einer Zeit eingeführt, als Frauen grösstenteils zu Hause blieben und den Haushalt schmissen. Wer 100 Prozent gearbeitet hat, in diesem Fall der Mann, kam nach Hause zu einem gekochten Essen. Die Wäsche war sauber, die Wohnung geputzt. Heute ist dieses Familienmodell mit einem Alleinverdienenden nur noch selten zu finden. Selbst wenn man dies wollte, ist es finanziell meistens nicht mehr möglich. Und so leisten Männer heute im Schnitt neben der Erwerbsarbeit zusätzlich 19,1 Stunden Care-Arbeit, Frauen ganze 28,7 Stunden. Wer 100 Prozent arbeitet, bleibt heute also nicht bei einer 42-Stunden-Woche. Real ist die Arbeitswoche länger, denn Care-Arbeit ist auch Arbeit, nur wird diese nicht bezahlt. Und das führt gerade bei Frauen, welche den Löwenanteil der unbezahlten Care-Arbeit leisten, zu weiteren Problemen, wie zum Beispiel der Altersarmut.

Und dann noch zum letzten Satz in der Ablehnung der Regierung, dass viele Unternehmen bereits heute flexible und individuelle Möglichkeiten wie Teilzeitarbeit, ganzjährige Arbeitszeitmodelle, unbezahlter Urlaub und kürzere Wochenarbeitszeiten ermöglichen, dass dies aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wichtig sei und dass es wichtig sei, diese Flexibilität zu wahren, sodass den individuellen Bedürfnissen von Wirtschaft und Arbeitnehmenden bestmöglich gedient sei. Das, liebe Regierungsrätin Carmen Walker Späh, ist ein Schlag ins Gesicht der Lohnabhängigen und zeugt von der Unfähigkeit, sich in andere Lebensrealitäten zu versetzen. Denn vielleicht kommt es nicht so gross darauf an, ob man 200'000 oder 160'000 Franken im Jahr verdient, aber es macht sehr wohl einen Unterschied, ob man 60'000 oder 45'000 Franken im Jahr verdient, denn das macht den Unterschied, ob man Ende Jahr die Rechnung bezahlen kann oder nicht. Und bei einem tiefen Einkommen liegt bei diesen Lebenserhaltungskosten ein unbezahlter Urlaub einfach nicht drin. Was Sie also wollen, ist, nur die Bedürfnisse der Wirtschaft zu wahren und nicht diejenigen der Lohnabhängigen. Ein Postulat abzulehnen, um wissenschaftliche Erkenntnisse nicht zu erlangen, weil man Angst hat, dass das Ergebnis vielleicht dem widerspricht, was man die ganze Zeit vertreten hat und selbst predigt, das ist sehr schwach. Seien Sie nicht schwach, überweisen das Postulat. Besten Dank.

Doris Meier (FDP, Bassersdorf): Gerne verlese ich Ihnen das Votum von Christian Müller, der heute abwesend ist:

Eine Wochenarbeitszeit von 35 Stunden pro Woche bei vollem oder abgestuftem Lohnausgleich, nein, diese Forderung ist nicht aus der Zeit der Jahrtausendwende, als die Bevölkerung mit Dreiviertelmehrheit ein solches Ansinnen abgelehnt hat, diese Forderung stammt vom letzten Jahr. Nun, wenn wir etwas zurückschauen, können wir einige Initiativen zu diesem Thema finden. Die Forderungen sind immer in etwa dieselben, nur die Begründung ändert sich. Jetzt soll also der Klimawandel als Argument herhalten, es soll ökologischer sein, weniger zu arbeiten. Vor zwei Jahrzehnten wurde von linker Seite ins Feld geführt, dass es nach der Wirtschaftskrise Ende der 90er-Jahre eine relativ hohe Arbeitslosigkeit gebe und diese mit einer verkürzten Arbeitszeit bekämpft werden könne. Heute haben wir

aber eine tiefe Arbeitslosigkeit, so viele Beschäftigte wie noch nie und einen ausgesprochen grossen Fachkräftemangel. Wenn wir nur das Argument von vor zwei Jahrzehnten betrachten, müsste dies im Umkehrschluss heissen, dass wir dringend die Arbeitszeit erhöhen sollten, um den Mangel an Fachkräften zu beheben.

Dieses Postulat fordert erstmal nur eine Studie. Dazu kann festgehalten werden, dass schon einige Studien über die Auswirkung von kürzeren Arbeitszeiten existieren, auch solche, die auf die in diesem Postulat geforderten Punkte eingehen. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass Arbeitszeitverkürzungen kaum die im Postulat gewünschten Effekte bringen würden. Insbesondere bei der Auswirkung auf Umwelt- und Klimabelastungen muss davon ausgegangen werden, dass kaum spürbare Resultate vorhanden wären. Denn zusätzliche Freizeit gäbe Gelegenheit für mehr Freizeitaktivitäten, welche die Umwelt nicht weniger belasten würden, als wenn in dieser Zeit gearbeitet wird, im Gegenteil: Der zusätzliche Mobilitätsbedarf würde wohl mehr Emissionen verursachen, da ja bekanntlich ein grosser Teil der Freizeitmobilität mit dem MIV (*motorisierter Individualverkehr*) bewältigt wird. So oder so, die Stadt Zürich startet ja leider einen solchen Versuch. Ich erwarte da allerdings keine neueren Erkenntnisse.

Wenn nun für die Beschäftigten etwas Gutes getan werden soll, dann müssen wir sie vom unsäglichen Bürokratismus befreien und ihnen dadurch die Gelegenheit bieten, wieder mehr der wertvollen Arbeitszeit für sinnstiftende Arbeiten aufzuwenden. Dadurch könnten wir zumindest die Gesundheit am Arbeitsplatz fördern. Auf die geänderten Bedürfnisse in Bezug auf Arbeitszeiten, das heisst mehr Flexibilität, Teilzeitarbeit für alle und so weiter, haben die Arbeitgeber schon lange angemessen reagiert und werden dies auch weiterhin tun. Wichtig wäre hier aber, dass der Gesetzgeber allenfalls für mehr Flexibilität sorgt und den Wandel zu moderaten Arbeitszeitmodellen nicht bremst. Die Ausgestaltung der Arbeitszeiten soll jedoch, wie seit Jahrzehnten bewährt, durch die Sozialpartner ausgehandelt werden. Auch hier wäre es gut, wenn die Gewerkschaften auf die Bedürfnisse der Angestellten unter ihren Mitgliedern eingehen und Hand zu mehr Flexibilität bieten würden.

Eine generelle 35-Stunden-Woche wäre für die Wirtschaft auf jeden Fall nicht tragbar. Die Arbeitskosten würden deutlich steigen, da der Arbeitszeitverlust nicht genügend durch Produktionssteigerung kompensiert werden könnte. Noch stärkerer Fachkräftemangel und ein Wettbewerbsverlust wären die Folgen. Aus meinen Ausführungen ist wohl unschwer zu erkennen, dass die FDP das Postulat nicht unterstützen wird.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Wie kommt man nur in der Zeit von Fachkräftemangel auf die Idee, die Arbeitszeit um fast einen ganzen Arbeitstag zu reduzieren! Das Modell – es gibt ja zwei Ansätze, die skizziert wurden, beide sind nicht tragbar –, das Modell «Weniger arbeiten bei gleichem Lohn» schießt übers Ziel hinaus. Unternehmen, vor allem KMU, ächzen heute schon unter den hohen Lohnkosten. Bei einer 35-Stunden-Woche würde das Ächzen zu einem lauten Stöhnen. Denn eine Arbeitsstunde würde definitiv teurer, gemäss Postulats-Antrag bis zu 70 Prozent teurer. Die Unternehmen hätten dann entweder weniger

Leistung für die gleichen Ausgaben oder sie hätten höhere Kosten bei gleicher Leistung, weil sie noch mehr Personal anstellen müssten. Beides ist eine enorme Belastung für KMU und für Start-ups. Aber das ist den Grünen offenbar egal.

Und das andere Modell, das Modell «Weniger Lohn bei weniger Arbeit», ist schon heute möglich in Form von Teilzeitarbeit, liebe Grüne und SP, das nennt man «Wettbewerb». Die Grünliberalen sind auch hier für die Variante «Wettbewerb» und nicht für die Variante «Verbot». Die Errungenschaft von Teilzeitarbeit wollen wir weiter verbessern, aber eine 35-Stunden-Woche ist schliesslich nichts anderes als ein Verbot, ein Verbot, länger zu arbeiten, ein Verbot, Mitarbeitende länger zu beschäftigen, das ist wirklich absurd. Dazu kommt noch eine möglicherweise drohende Vorsorgelücke im Alter, wenn man tiefere Löhne erhält.

Wir haben einen akuten Fachkräftemangel. Wir diskutieren, dass wir Anreize setzen sollen, damit Lehrpersonen ihre Pensen aufstocken. Wir haben zu wenig Ärzte, Pflegepersonal, Psychiater, Psychologen, Handwerker und so weiter. Sogar bei der Arbeitsintegration der Stadt Zürich mussten sie Aufträge zurückweisen und sogar kündigen, weil es zu wenige Personen gibt, die in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden müssen, weil die früher zu integrierenden Personen jetzt bereits im ersten Arbeitsmarkt sind. Unter diesem Vorzeichen stehen beide Forderungen, also gleicher Lohn bei weniger Arbeit oder weniger Lohn bei weniger Arbeit, vollkommen schräg in der Landschaft. Wir müssen nicht die Arbeitnehmenden weniger beschäftigen, wir müssen Anreize setzen für einen höheren Beschäftigungsgrad, beispielsweise auch über die Individualbesteuerung.

Und die Idee, dass die Leute dann weniger krank sind, wenn sie weniger arbeiten müssen, könnte auch ein Schuss hintenraus sein. Wenn zum Beispiel Angestellte in weniger Zeit das Gleiche wie vorher in mehr Zeit leisten müssen, kann dies auch purer Stress am Arbeitsplatz sein. Und wie, bitte sehr, soll das bei Ärzten und Pflegepersonal umgesetzt werden? Weniger Patientinnen und Patienten behandeln? Wohl kaum. Ja, logisch, es ist nicht gut, wenn Ärzte zu viel, also beispielsweise 60 Stunden oder so, arbeiten müssen. Da muss man schon reduzieren, aber vielleicht nicht gerade auf 35 Stunden. Hier könnte wohl eher eine Investition in eine bessere Digitalisierung statt einer 35-Stunden-Woche helfen. Das Postulat ist eine Forderung an der Realität vorbei. Die Grünliberalen lehnen ab.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Wenn Sie den Fachkräftemangel mit Rezepten von gestern lösen wollen, wird das nicht klappen. Ja, der Mangel an Arbeitskräften ist ein Problem, es braucht also dringend Konzepte, wie Arbeit anders verteilt und neue Fachkräfte gewonnen werden können. Nur, was niemand braucht, sind Rezepte aus der Vergangenheit. Angestellte einfach mehr arbeiten zu lassen und noch weniger Zeit mit der Familie zu ermöglichen, löst keine Probleme, sondern schafft neue.

Viele Menschen arbeiten freiwillig Teilzeit, entweder, weil sie sich in der Familie engagieren oder weil sie ehrenamtlich tätig sind und so weiter und so fort. Und andere wollen nicht Vollzeit arbeiten, weil es für sie schlichtweg nicht machbar ist, weil der Job sehr anstrengend ist. All diese Menschen zu mehr Arbeitsstunden zu drängen, dürfte schwierig werden. Und genau darum macht dieses Postulat

Sinn. Es ist Zeit, dass wir uns mit der Zukunft der bezahlten und unbezahlten Arbeit vertieft auseinandersetzen. Danke.

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch): Wer viel arbeitet, tut dies in der Regel, weil er oder sie in seinem Handeln und Schaffen Bestätigung findet. Solche Menschen können erfolgreich sein und Anerkennung erlangen. Sie haben die Möglichkeit, Geld zu verdienen, ihren Lebensunterhalt zu sichern und sowohl sich selbst als auch ihrem Umfeld finanzielle Wünsche zu erfüllen. Wer zu viel arbeitet, läuft Gefahr, gestresst, angespannt und unausgeruht zu sein, an vielen Ecken und Enden nicht zu genügen und im schlimmsten Fall negativen medizinischen Auswirkungen ausgesetzt zu sein. «Work-Life-Balance» ist also das Zauberwort dieser Zeit. Ich denke, wir tun gut daran, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen beruflichen Anforderungen und privaten Bedürfnissen anzustreben. Wie wir unschwer feststellen, steht in dieser Work-Life-Balance aber das Wort «Arbeit» an erster Stelle. Die Bedeutung von Arbeit für den Menschen ist immens. Sie verleiht unserem Leben Sinn, gibt uns das Gefühl von Bedeutsamkeit und ermöglicht es uns, unsere Fähigkeiten sinnvoll einzusetzen. Besonders im Gespräch mit arbeitslosen Menschen wird deutlich, wie essenziell das Nachgehen einer Arbeit ist und welchen hohen Stellenwert sie in unserem Leben einnimmt.

In der Schweiz beträgt die übliche Arbeitszeit 42 Stunden pro Woche mit einem Pensum von 100 Prozent. In der Statistik der Länder mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf belegt die Schweiz – das war im Jahr 2022 – den vierten Platz. Das ist erfreulich und wenig überraschend, denn es ist offensichtlich, dass wir, global betrachtet, in einem Paradies leben. Wer jedoch ökonomisch eins und eins zusammenzählen kann, weiss, dass unser Wohlstand nicht vom Himmel fällt, sondern das Ergebnis unserer Tatkraft, unseres Fleisses und unseres Arbeitswillens ist. Kürzere Arbeitswochen können zu geringerer Produktivität führen und dies kann sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auswirken. Weiter kann eine Verringerung der Arbeitszeit den Arbeitskräftemangel verschärfen. Und zu guter Letzt hätte es für unser soziales System unvorteilhafte Auswirkungen, denn bei einer Reduzierung der Arbeitszeit würden ja auch weniger Beiträge anfallen.

Die Mitte unterstützt selbstverständlich alle Bemühungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und somit einen Ausbau von Tagesschulen und/oder auch die Möglichkeit, Männern und Frauen die Möglichkeit zu geben, einer Teilzeitarbeit nachzugehen. Hingegen lehnen wir das Postulat der Grünen aus den vorher erwähnten Gründen ab und bitten, es uns gleich zu tun. Merci für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat Flavia Scognamiglio, nein, Donato Flavio Scognamiglio, Freienstein (*Heiterkeit*).

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident, ja, effektiv, es ist Flavio, aber ich kann auch mit Flavia leben. Aber ich will jetzt nicht eine neue Debatte eröffnen (*Heiterkeit*).

Ich habe natürlich gewisse Sympathien als Sohn eines Gewerkschafters, eines Franziskaners, der eine Bäuerin geheiratet hat und lange für den SMUV (*frühere Gewerkschaft für Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen*) und die UNIA (*Gewerkschaft*) tätig war. Gleichzeitig bin ich aber auch Unternehmer und ich glaube, der Knackpunkt ist einfach die Kostenfrage. Also wenn jemand heute zu mir ins Büro kommt und ich dem sagen würde, du musst von Montagmorgen bis Freitagabend arbeiten, dann wird er eh nicht mehr bei uns arbeiten wollen, denn heute hat sich die Zeit schon verändert. Wir kämpfen um die besten Mitarbeiter, die Welt hat sich verändert. Und der springende Punkt sind jetzt einfach diese Kosten, wer das zahlt. Das wird sehr wahrscheinlich dazu führen, dass die Kosten überwältigt werden. Ich glaube nicht, dass der durchschnittliche Unternehmer eine solch hohe Marge erzielt, dass er das selber bezahlen kann. Also das wird letztendlich bei der Migros (*Schweizer Detailhandelsunternehmen*) beim Rüeblli teurer werden, und das ist hier der springende Punkt, glaube ich.

Dass wir alle überzeugt sind, dass wir weniger Burnouts wollen, da sind wir uns einig. Dass wir etwas für die Umwelt machen wollen, da sind wir uns einig. Dass wir die Freiwilligenarbeit stärken wollen, da sind wir uns einig. Ich denke, die Argumente gibt es, sie liegen auf dem Tisch. Es gibt ja viele Studien, und ich freue mich an und für sich, dass immer wieder Forderungen aufkommen. Ich erinnere einfach daran: Bei der Einführung des Fabrikgesetzes beispielsweise und bei der sukzessiven Reduktion der Arbeitszeit haben wir alle davon profitiert, aber jemand muss das zahlen und die Wirtschaft muss es tragen können. Und ich denke, hier ist der springende Punkt. Deshalb finde ich das Anliegen verständlich, finde es interessant. Aber allein Herr Leupi (*Stadtrat Daniel Leupi*) hat ja gesagt, dass die Stadt Zürich 110 Millionen Franken mehr investieren müsste – nur in der Stadt Zürich. Und er hat auch gesagt, dass dann 1500 Personen fehlen. Deshalb: Ich bin offen. Wenn wir wissen, wie wir das finanzieren können, finde ich es spannend. Ansonsten muss ich leider sagen: Sympathisch, aber noch nicht umsetzbar. Daher werden wir das Postulat nicht unterstützen, setzen uns aber weiterhin dafür ein, dass vernünftige Löhne bezahlt werden, auch im Kanton Zürich.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): «Wir müssen dringend entschleunigen», so begründete David Garcia Nuñez, der Co-Fraktionschef der AL-Gemeinderatsfraktion, den Vorstoss, den die AL zusammen mit der SP vor anderthalb Jahren in der Stadt Zürich eingereicht hatte und der mit einer Mehrheit an den Stadtrat überwiesen wurde. Die Stadt Zürich wurde mit dem Vorstoss von AL und SP verpflichtet, einen Pilotversuch mit der 35-Stunden-Woche für Angestellte durchzuführen, die im Schichtbetrieb, im Gesundheitsbereich und bei der Polizei arbeiten. Der Pilotversuch soll wissenschaftlich begleitet werden. Die Stadt Zürich soll dabei in erster Linie ermitteln, wie sich der Gesundheitszustand der Angestellten verändert. Aber auch die Produktivität und der CO₂-Ausstoss durch reduzierte Pendlerwege sollen analysiert werden.

Wir haben es heute schon mehrmals gehört, der Stress am Arbeitsplatz hat enorm zugenommen. Viele Angestellte leiden unter Stress. Viele von ihnen fallen mit einem Burnout Wochen und Monate lang aus. Die Pilotstudie der Stadt Zürich

wird erstmals Ergebnisse über die hiesige Arbeitswelt und die Auswirkungen auf die Schichtarbeitenden liefern. Bis anhin mussten wir immer auf ausländische Studien zurückgreifen. Die Stadtzürcher Pilotstudie macht eine weitere Studie auf kantonaler Ebene nicht überflüssig, denn es fehlen uns einfach Fakten, Zahlen und Daten über die hiesige Arbeitswelt. Und ich möchte hier betonen: Im Postulat wird gefordert, dass es um eine Studie geht, die der Kanton Zürich, also die Volkswirtschaftsdirektion, machen muss. Sie könnte es ja zusammen mit der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) machen, und dann hätten wir nämlich Fakten und dann könnten wir hier faktenbasiert diskutieren. Bis jetzt haben wir nur allgemeine Sonntagspredigten gehört, wie gut das Arbeiten ist und wie glücklich es macht. Aber wir haben wirklich keine faktenbasierten Argumente gehört. Und darum wäre es absolut sinnvoll, dass dieses Postulat unterstützt wird. Und ich möchte auch die EVP ermuntern, dies zu tun, denn es geht um eine Studie, die in Auftrag gegeben werden soll und die einmal wirklich Daten, Fakten, Informationen liefern soll, wie es im Kanton Zürich aussieht.

Wer, wenn nicht die Volkswirtschaftsdirektion, wäre prädestiniert, zum Beispiel zusammen mit der ZHAW eine Studie über die Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden durchzuführen? Die Volkswirtschaftsdirektion mit ihrem Amt für Arbeit ist das Kompetenzzentrum für Arbeitsbedingungen, für den Arbeitnehmerschutz, für den Arbeitsmarkt schlechthin im Kanton Zürich. Es würde der Direktion sehr gut anstehen, nicht nur zu verwalten, sondern proaktiv und politisch vorwärtszugehen und sich zu einem echten Kompetenzzentrum für Arbeit und einem Wissenszentrum für Arbeitsbedingungen zu mausern, das auf hiesigen, aktuellen, kantonalen Daten und Fakten aufbauen kann.

Die AL wird das Postulat von Jeanette Büsser und Silvia Rigoni mit Überzeugung überweisen. Bitte tun Sie es uns gleich. Besten Dank.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte nur kurz replizieren auf das Votum der GLP. Und zwar wurde gesagt, wir hätten dann ein Problem, denn wir hätten dann zu wenige Leute im Gesundheitswesen, wenn dann alle nur noch 35 Stunden arbeiten. Die heutige Realität ist, dass in der Pflege, im Schichtbetrieb nur wenige 100 Prozent arbeiten. Denn es ist megaanstrengend, Schicht zu arbeiten. Nachtschichten zu haben, das ist viel anstrengender als einfach jeden Tag zur gleichen Zeit ins Büro zu gehen, darum reduzieren heute schon viele Menschen. Wenn wir jetzt die Arbeitszeit runtersetzen, heisst das nicht, dass diese Leute sagen «80 Prozent finde ich das beste Pensum, ich bleibe sicher bei 80 Prozent», sondern sie können dann endlich auf 100 Prozent aufstocken. Sie können dann die 35-Stunden-Woche arbeiten, weil das nämlich das ist, was sie jetzt in etwa haben. Sie können 100 Prozent arbeiten, kriegen ihre Sozialleistungen im Alter, die sie verdienen. Sie kriegen eine anständige Rente, was sie heute einfach nicht haben. Und vor allem haben sie auch einen anständigen Lohn, was wiederum dazu führen wird, dass sie vielleicht länger in der Arbeit verweilen und motivierter sind. Darum zieht dieses Argument leider nicht.

Und Judith Stofer hat es gerade schon angesprochen, es geht um eine Studie. Überweisen wir dieses Postulat jetzt, dann heisst das nicht, dass morgen alle mit

einem reduzierten Arbeitspensum arbeiten, sondern es wird geprüft. Und ich verstehe nicht, warum sich die GLP gegen neue wissenschaftliche Erkenntnisse stellt. Schliesslich seid ihr doch die selbsternannte Innovations-Partei, ihr könntet doch hier und jetzt dafür sorgen, dass wir neue Erkenntnisse haben, dass wir im Kanton Zürich auf dem neuesten wissenschaftlichen Stand sind. Dass Sie sich hier verweigern, geht mir nicht in den Kopf. Besten Dank, falls Sie es sich nochmals überlegen. Es wäre eine gute Entscheidung, wenn Sie das Postulat überweisen.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) spricht zum zweiten Mal: Nur zwei Sätze, weil ich – oder die GLP – gerade angesprochen wurde. Das eine ist: Ja, es gibt solche Beispiele. Es gibt grosse Unternehmen, die die Arbeitszeit reduzieren. Es gibt Pflegepersonal, es gibt weitere Beispiele. Das ist der Markt, und wir haben überhaupt nichts gegen solchen offenen Markt – Punkt.

Das zweite ist: Ist es wirklich die Aufgabe des Staates, solche Studien zu machen? Man kann das auch anderweitig in Auftrag geben, wenn man Interesse hat, zum Beispiel das Spital.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Wir merken es, Arbeit ist ein krass emotionales Thema, weil wir ja alle arbeiten müssen, wollen und dürfen. Ich danke Ihnen für Ihre Voten. Ich habe gespürt, da sind ganz viele grosse Ängste da, vom teuren Rübli bis zum Fachkräftemangel. Genau darum hätten wir gerne eine Studie gehabt mit den Vor- und den Nachteilen. Ich verstehe auch die Ängste von Paul Mayer und die Sorgen betreffend die KMU. Gerade darum wäre es wichtig, das in einer Studie abschätzen zu können, was das heissen würde. Denn was ich Ihnen versprechen kann: Die Veränderungen kommen sowieso. Wir sind in Europa, wir sind keine Insel. Und wir haben jetzt die Wahl, ob wir die Arbeitszeit selbst aktiv mitgestalten, damit unsere KMU auch überleben können. Denn das ist wichtig, dass wir vor Ort Firmen haben, die hier Arbeiten erledigen. Oder wir überlassen es dem Zufall und jeder macht ein bisschen, was er will. Danke.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Jetzt juckt es mich, auch noch etwas zu sagen nach dieser engagierten Debatte. Sie schreiben ja im Vorstoss: Weniger lang arbeiten, in dieser Zeit mehr leisten, also mehr leisten in weniger Zeit, gleich viel verdienen, dabei noch gesünder leben, gerechtere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit erzielen und dabei noch die Umwelt schonen. Das ist die eigentlich die Idee. Gut, Sie fordern einen Bericht von uns, und dieser Bericht, muss ich Ihnen sagen, ist dann schon ein ziemlich dicker oder ein sehr umfangreicher Bericht. Auf der einen Seite, Frau Pfalzgraf, vertrauen Sie mir überhaupt nicht. Also wenn ich Ihre Voten höre, dann haben Sie keine Ahnung, was ich meinen ganzen Tag in der Volkswirtschaftsdirektion mache. Ich entschuldige Sie, da Sie auch nicht in einer Kommission sind, wo ich darüber berichten kann, was ich arbeite. Wir sind schon lange unterwegs, sodass wir wissen, dass auch der Arbeitnehmerschutz wichtig ist, dass sich die Arbeit verändert hat. Wir haben übrigens ein Kompetenzzentrum für Arbeit eingerichtet. Und auch die Veränderung

in der Ausübung der Berufe mit der Digitalisierung, diese Herausforderung, nehmen wir ernst. Wenn Sie mir vorwerfen, ich hätte nur die Wirtschaft im Kopf, haben Sie offenbar auch nicht mitbekommen, dass ich mich – und das ist neu – in der Volkswirtschaftsdirektion jedes Jahr auch mit den Arbeitnehmerverbänden austausche. Also ich finde es schade, wenn man diese Diskussion mit so vielen Vorurteilen beginnt.

Nun, diese Studie haben wir abgelehnt, weil sie einfach alles umfassen soll. Wenn wir das machen würden, dann müssten wir auch fragen: Was hat das für die KMU der ganzen Schweiz in ihrer Vielfalt zur Folge? Was hat das für die Wirtschaft zur Folge? Was bedeutet das für die Gesellschaft, Männer, Frauen et cetera? Was heisst das für die Zuwanderung, übrigens auch für die Flexibilität der Arbeit? Da können wir auch über Sonntagsarbeit gerne einmal reden. Und dann wäre noch die Frage: Wie würde man das überhaupt regeln? Selbst wenn ich so eine dicke Studie hätte – wobei ich aber der Meinung bin, dass es genügend Studien über die Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung gibt, die bereits ausgearbeitet wurden – , dann könnte ich es nicht regeln, denn das Arbeitsgesetz ist letztlich national, und ich will auch nicht in die Sozialpartnerschaft eingreifen. Das heisst, der Regierungsrat hätte dann trotzdem eine sehr kurze Leine, etwas mit dieser Studie zu machen. Und ich sage Ihnen, mit Recht hätte der Regierungsrat diese kurze Leine, weil es eine Sache des nationalen Gesetzgebers und eine Sache der Sozialpartner ist. Und es ist letztlich eine Sache der Unternehmen, auch in Eigenverantwortung dafür zu schauen, dass sie attraktive Jobs haben. Und seit vielen Jahren setze ich mich in der Volkswirtschaftsdirektion zusammen mit meinen Mitarbeitenden für attraktive Jobs ein, und zwar für alle, auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung, die eine grosse Chance ist in diesem Kanton. Und in diesem Sinne danke ich Ihnen für die Ablehnung dieses Auftrags an die Volksdirektion. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 111 : 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 100/2023 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.